

An die Landeshauptstadt München

Antrag: Informationsveranstaltung für die örtlichen Gastronomiebetriebe zum neuen Verpackungsgesetz

Beschluss

Mit dem neuen vom Bund beschlossenen Verpackungsgesetz ist die Gastronomie ab 2023 verpflichtet, ihre Produkte auch in Mehrwegverpackungen anzubieten. Diese Regelung soll dazu beitragen, den durch Einwegverpackungen entstehenden Abfall zu reduzieren. Viele Gastronomiebetriebe stellt das Gesetz jedoch vor Fragen und Herausforderungen. Der Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg fordert daher die Landeshauptstadt München auf, gemeinsam mit dem Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg und Vertreterinnen oder Vertretern des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga Bayern) die örtlichen Gastronomiebetriebe bei der Umsetzung der Anforderungen des neuen Verpackungsgesetzes zu unterstützen. Geeignet wäre hierfür eine Veranstaltung, bei der sich die Wirtinnen und Wirte im Stadtviertel über die Neuregelungen sowie die Möglichkeiten zur Umsetzung (Mehrweggeschirrsysteme, Möglichkeiten der Finanzierung etc.) informieren können.

Begründung

Örtliche Gastronomiebetriebe haben wegen der Corona-Beschränkungen in den vergangenen Monaten mehr Speisen zum Mitnehmen oder zur Auslieferung angeboten als je zuvor. Und schon vor der Pandemie war die Nachfrage nach „delivery“ und „take away“ deutlich angestiegen – ein Trend, der sich auch weiterhin fortsetzen wird. Derzeit werden die Speisen meist in Einwegverpackungen aus Plastik, Alufolie oder Styropor ausgegeben. Dies soll sich nach dem Willen des Bundesgesetzgebers demnächst ändern. Das beschlossene Verpackungsgesetz verpflichtet Gastronomiebetriebe dazu, spätestens ab 2023 Mehrwegsysteme einzuführen.

Da die Unsicherheit über die Neuregelung groß ist, erscheint es wichtig, die Wirtinnen und Wirte in Neuhausen-Nymphenburg frühzeitig über die Anforderungen des Gesetzes sowie Umsetzungsvarianten und Möglichkeiten der Finanzierung zu informieren. Eine vom BA 9 unterstützte Veranstaltung mit Vertreterinnen oder Vertretern von Dehoga und der Landeshauptstadt München kann hierzu beitragen.

Initiative: Jörn Retterath, Anna Lena Mühlhäuser